

TAGUNGEN

Voraussetzungen für den Frieden

Auf der letzten Jahrestagung der *Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947* wurde die Frage nach den Voraussetzungen des Friedens angepackt. Die Antworten gipfelten in der Erkenntnis, daß der Westen wirtschaftlich und gesellschaftlich vor dem Osten einen Vorsprung bewahren und diesen damit von der Nutzlosigkeit weltrevolutionärer Pläne überzeugen muß. In einem der Referate wurde erfreulicherweise klargestellt, daß der Vorsprung nicht im Militärischen gesucht werden könne und solle. Daß ein General, *Erich Dethleffsen*, die Entscheidung von einem Wettkampf der gesellschaftlichen Ordnungen erwartet, ist beachtlich.

Prof. *Kogon* und *Ruth Fischer* wiesen auf die totalen Gegensätze zwischen westlicher und östlicher Lebensordnung hin und bezeichneten den kommunistischen Machtblock als eine Realität, die für die westliche Welt eine Herausforderung zur Konzipierung einer wirkungsvollen gesellschaftspolitischen Antwort darstelle. Auf der gegenseitigen Anerkennung beider Systeme als unumstößliche Mächte würde die Möglichkeit einer Ko-Existenz beruhen. Sind aber, so darf gefragt werden, die trennenden Ideologien, hier Individualismus, dort Kollektivismus, so fest begründet, daß nicht eine Macht, die im kalten Kriege obsiegt, die feindliche Ideologie samt dem auf ihr begründeten Wirtschaftssystem auszulöschen vermag? Der Glaube an diese Möglichkeit dürfte in der kommunistischen Welt noch herrschen. Solche Absichten durch höhere wirtschaftliche Leistungen, durch die europäische Integration und eine bessere Gesellschaftsordnung zu unterbinden, muß das Ziel der Anstrengungen des Westens sein.

Ein führender Unternehmer, *Karl Blessing*, vertrat am stärksten die These von der Überlegenheit des westlichen Wirtschaftssystem über

die östliche staatliche Kommandowirtschaft. Wesentlich sei es, die unterentwickelten Völker in Südasien und Afrika von dieser Überlegenheit zu überzeugen und an den Westen heranzuziehen. Diese Völker suchen aber eine neue Ordnung jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. Man umwirbt sie heute von beiden Seiten. Die westlichen Mächte können ihnen wirtschaftliche Hilfe leihen. Aber können sie ihnen auch ein politisches und soziales Ordnungsbild bieten, das attraktiv und nachahmenswert ist? Vielleicht können wir im Laufe der Entwicklung von diesen Völkern gesellschaftspolitisch noch etwas lernen.

Prof. *Salin* erhofft viel von dem ungeheuren Fortschritt der Produktivkräfte in der freien Welt: von Kunststoffen, Atomreaktoren und der Automation. Die Anstrengungen des Ostens bewegen sich in der gleichen Richtung. Wer wird in diesem Wettkampf der Endsieger sein? Wieder offenbart sich die Tragik der Situation. Wirtschaftliche Anstrengungen, die nur der Erhöhung des Lebensstandards dienen sollten, werden Mittel zur Erringung ideologisch-politischer Vormachtstellungen. Doch wir können dem Zwang zur Leistung nicht entgehen.

Der Leistungswille der westlichen Völker wird aber von einem Wandel der gesellschaftlichen Ordnung bedingt sein. Über diese Zusammenhänge sprach Prof. *Schelsky*. Gerechte Verteilung der Güter und Befriedigung des sozialen Sicherheitsbedürfnisses seien noch nicht gelöste Probleme unserer Gesellschaft.

Die Wirtschaftspolitische Gesellschaft scheint ihre Aufgabe vornehmlich in einer Analyse der wirtschaftlichen und soziologischen Verhältnisse des europäischen Raumes mit besonderer Betonung einer stärkeren Integration zu sehen. Auch das ist schätzenswert. Wirtschaftspolitisch ist bei ihren führenden Leuten noch ein neoliberalistischer Zug deutlich. Um so mehr ist anzuerkennen, daß auf ihren Veranstaltungen auch Persönlichkeiten anderen Gepräges zu Wort kommen.

Adolf Leweke

Arbeitsdirektor und Mitbestimmung

Wenn die bisherige Praxis der Mitbestimmung Anlaß zu Besorgnissen gibt, dann muß man die Schuldigen bei den Anteilseignern und den von diesen in die Aufsichtsräte und Vorstände delegierten Persönlichkeiten suchen. Hier sind diejenigen zu finden, die immer wieder Sand in das Getriebe der Mitbestimmung streuen. Den Gewerkschaften kann man keine Illoyalität gegenüber den von ihnen in die Kontroll- und Leitungsorgane der Montangesellschaften entsandten Männer vorwerfen. Die an den Lohnstreit in der Eisen- und Metallindustrie des Landes Nordrhein-Westfalen geknüpften Betrachtungen im Zusammenhang mit der auffallenden Haltung der Arbeitsdirektoren beruhen vielfach auf einem Mißverständnis. Die Mitbestimmung ist schließlich keine Versicherung der Unternehmungen gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Es ist aber nicht verwunderlich, daß die schwierige Aufgabe des Arbeitsdirektors im Brennpunkt der Diskussion steht. Seine Funktion liegt im Spannungsfeld zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft. Reibungen, auch mit den Gewerkschaften, lassen sich da nicht vermeiden. An diesen Differenzen versuchen die Gegner der wirtschaftlichen Neuordnung die ganze Mitbestimmung in Mißkredit zu bringen. Im richtigen Augenblick, nach Abschluß der ersten Lesung des Gesetzes über die Mitbestimmung bei den Holdings im Bundestagsausschuß für Arbeit, trat die *Hans-Böckler-Gesellschaft* in Düsseldorf, der einige hundert Arbeitsdirektoren und Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten von Kohle und Eisen angehören, im Februar mit einer Tagung an die Öffentlichkeit, auf der vor allem die umstrittene Stellung des Arbeitsdirektors erörtert wurde.

Der Arbeitsdirektor kann seine Aufgabe letztlich nur erfüllen, so erklärte *Bernhard Boine*, Arbeitsdirektor der Deutschen Edelstahlwerke in Krefeld, wenn er Fühlung mit Betriebsrat und Gewerkschaften hält. Das bedeutet nicht Abhängigkeit von ihnen, „sondern sich immer seines Ursprungs und seines eigentlichen Auftrages bewußt zu bleiben.“ Der Arbeitsdirektor ist in seiner Eigenschaft als vollgültiges Mitglied des Vorstandes *Arbeitgeber*, „aber in einer Haltung und Gesinnung, die von seinem Auftrag her bestimmt werden“. Er fühlt sich im Rahmen des Gesamtinteresses des Unternehmens dafür verantwortlich, daß den legitimen Forderungen der Gewerkschaften auf Besserung der Lage für alle Arbeitnehmer Erfolg beschieden ist. Die Arbeitsdirektoren wollen „die Vermenschlichung des Betriebs- und Wirtschaftsgeschehens. Dazu gehört, daß der Arbeitsdirektor im allgemeinen Wirtschaftsablauf und bei wichtigen Entscheidungen auf der Vorstandsebene den Faktor Arbeitskraft in seiner vielfältigen Ausstrahlung in der angemessenen Weise zur Geltung bringt. Neben das Gesetz der Wirt-

schafflichkeit für den Kaufmann und das der rationellen Produktionsgestaltung für den Techniker tritt für den Arbeitsdirektor das Gesetz der Verantwortung für den Menschen.“ Das gemeinsame Gesetz der Verantwortung zwingt zu einem Gemeinschaftsbeschluß des Vorstandes, in dem Wirtschaftlichkeit, Produktionserfordernis und menschliche Erfordernisse gegeneinander abgestimmt und zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen werden. „Das ist in den letzten Jahren an Rhein und Ruhr unzählige Male erprobt und bewährte Praxis geworden.“ Dieses Lob schwächte Boine allerdings wieder ab, als er bemerkte, daß dem Mitbestimmungsgesetz in vielen Fällen nur dem Buchstaben nach Rechnung getragen wird.

Die Auffassung, daß der Arbeitsdirektor genauso Unternehmer ist wie die übrigen Vorstandsmitglieder, scheint von den Betriebsräten der Montanunternehmen weitgehend akzeptiert worden zu sein. Auch für den Arbeitsdirektor gilt, so bestätigte der 2. Vorsitzende des Betriebsrates der Hibernia AG, *Anton Taplikowski*, als oberster Grundsatz die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens. Erst dann sei Raum für eine breite Sozialarbeit gegeben. Der Arbeitsdirektor habe sich entscheidend für die stärkere Berücksichtigung des Menschen einzusetzen.

Der Überbürgermeister der Stadt Dortmund, *Dietrich Keuning*, rückte die Bedeutung des Arbeitsdirektors unter dem Gesichtspunkt der relativen Schwäche des Aufsichtsrates im deutschen Aktienrecht ins Licht. Die Vorstände beherrschten, allenfalls gemeinsam mit einzelnen Mitgliedern des Aufsichtsrates und den ihnen nahestehenden Vertretern der Großbanken, die Gesellschaften mehr oder minder selbständig. Um so wichtiger sei die Verankerung der Mitbestimmung in den Organen, in denen die weitreichenden Entscheidungen getroffen werden, also in den Vorständen, vor allem auch denen der Konzerndachgesellschaften.

Es wird immer wieder behauptet, daß die Arbeiter an der Mitbestimmung überhaupt nicht interessiert seien, sondern sich nur um die mit ihrem Arbeitsplatz unmittelbar zusammenhängenden Fragen kümmerten. Der 1. Vorsitzende des Betriebsrates der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen, *Bernhard Krapfl*, wandte sich gleich zu Beginn der Veranstaltung gegen diese These. Die Arbeiterschaft sei sich über die hierarchische Gliederung eines Unternehmens durchaus klar und wisse, daß der Kurs eines Schiffes im Kartenraum und auf der Kommandobrücke bestimmt wird. Auf die Mit-tätigkeit an diesen Stellen in den Unternehmungen komme es den Belegschaften an.

Verfolgt man den bisherigen Lauf der Dinge, so wird man wenig Negatives finden und mit Beruhigung feststellen können, daß die Arbeitsdirektoren ihre diffizile Aufgabe bewältigt haben. Die Gewerkschaften werden auf dem Weg weitergehen, den sie mit der Mitbestimmung eingeschlagen haben. Sie lassen sich aber, wie *Heinrich Imig*, der inzwischen so plötzlich ver-

storbene Erste Vorsitzende der IG Bergbau, betonte, von niemandem das Recht auf die Anwendung von Kampfmitteln zur Durchsetzung ihrer Forderungen nehmen. Es muß in Zukunft darum gehen, die Mitbestimmung weiter auszubauen, die noch brachliegenden Möglichkeiten auszuschöpfen, Lücken auszufüllen und — den Kontakt zwischen Aufsichtsratsmitgliedern, Arbeitsdirektoren, Betriebsräten und Gewerkschaften enger zu gestalten.

Richard Becker

Wandlungen der Gesellschaftsstruktur

Der Kreisausschuß des DGB in Bonn hat unter dem Stichwort „Der aktuelle Vortrag“ eine Veranstaltungsreihe begonnen, die — mit Phantasie und Fingerspitzengefühl weitergeführt — die ideelle und politische Wirkkraft der Gewerkschaften positiv beeinflussen kann. In der Bundeshauptstadt bietet sich Gelegenheit, maßgeblichen Vertretern der Parteien aus allen Teilen der Bundesrepublik, der verschiedensten Verbände, der Bundesbehörden usw. ein Bild von dem weiten Feld gewerkschaftlicher Arbeit zu vermitteln und manche schiefe Vorstellung zurechtzurücken. Es spricht für die Gewerkschaften, wenn sie dabei auch Persönlichkeiten zu Wort kommen lassen, die keineswegs immer mit den gewerkschaftlichen Auffassungen übereinstimmen. Das Thema des ersten Vortrages war: „Probleme der heutigen Gesellschaftsstruktur“. Der Referent, Prof. Dr. René König (Köln), griff aus dem großen Komplex das Phänomen der Mittelklassen heraus, an dem sich die Verschiebungen in der modernen Gesellschaft besonders deutlich zeigen.

Ein Charakteristikum der geistigen Situation unserer Zeit, das uns immer zu schaffen macht, wenn politische Entscheidungen getroffen werden müssen, ist die „verspätete Meinung“: die

umlaufenden Auffassungen von der Gesellschaft stimmen mit der Wirklichkeit vielfach nicht mehr überein, sie entsprechen den Tatsachen von gestern. Ein Beispiel dafür sind die ewigen Klagen über die Nöte des *Mittelstandes*, den es überhaupt nicht mehr gibt. Aus der Klassendifferenzierung von früher, so sagte König, ist die funktionale Differenzierung nach Berufen bei einer ständig komplizierter werdenden Struktur der Gesamtgesellschaft geworden. Der pyramidenförmige Aufbau der Gesellschaft mit einer breiten Unterschicht hat sich verändert. Die unteren Schichten schrumpfen zusammen. Der soziale Aufstieg der Arbeiterschaft ist in vollem Gange. Das Band der Mittelschichten wird zusehends breiter, gleichzeitig aber auch differenzierter und vielgestaltiger. An der Spitze stehen mehrere Eliten in Konkurrenz miteinander. In die untere Kategorie gehören nicht mehr die „Proletarier“, sondern zum einen die „Enterbten“ der letzten zwei „Weltkriege, Rentner, Flüchtlinge, die alten Leute schlechthin, zum anderen die ungelernen Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft.

Aus der Verbreiterung der Mittelklassen, die mit dem strapazierten Begriff des Mittelstandes nichts mehr zu tun haben, entstehen auch für die Gewerkschaften eine Menge schwieriger Probleme, auf die sie sich in der Praxis einstellen müssen. Das ist aber nur möglich, wenn man sich Klarheit über die gesellschaftlichen Realitäten verschafft und dann auch den Mut hat, auf liebgeordnete Gewohnheiten zu verzichten und neue Wege zu gehen. Die Überraschung bei der Betriebsrätewahl in der Westfalenhütte z. B. wäre uns erspart geblieben, hätten wir eine bessere Kenntnis von der Stimmung in der Arbeiterschaft gehabt. Den Ergebnissen der modernen soziologischen Forschung, vor allem auch der Industrie- und Betriebssoziologie, gebührt künftig auf jeden Fall größere Aufmerksamkeit als bisher.

Richard Becker